

Kammer schon Dämpfe aus Rissen und Löchern aus; um wieviel mehr muß dies der Fall sein, bei 6—7 mm und mehr Überdruck und bei stark angegriffenen Kammern. So wird für jede anfänglich vielleicht erzielte außer gewöhnliche Mehrproduktion in einigen Jahren der hinkende Bote sich einstellen und seine Rechnung präsentieren. Aus diesen Gründen kann ich mich der Befürchtung nicht verschließen, daß es trotz neuer Erfahrungen in der Gasleitung zwecks besserer Mischung und Kühlung der Gase, trotz künstlicher Kühlung und Wassereinspritzung bei Steigerung der Produktion in demselben Raum eine gebieterische Grenze gibt, und deshalb sage ich: Ne quid nimis!

In Berücksichtigung der hieraus sich ergebenden höheren Amortisations- und Reparaturquoten wird die von Lütj selbst für seine ganz außergewöhnliche Idealriesenanlage aufgestellte Rentabilitäts- und Selbstkostenpreisaufstellung eine nicht unwesentliche Modifikation erfahren müssen. Eine weitere Änderung dürfte erforderlich sein durch richtige Bewertung der erhaltenen Säurequanten von nur 52° Bé.

Was bleibt dann eigentlich Originelles und Nützliches von dem N i e d e n f ü h r s c h e n System noch übrig, das sich zu Unrecht mit einem wissenschaftlichen Nimbus umgeben, das ein Intensivsystem ist, wie die anderen auch, nur daß es die Intensivproduktion bis über die zulässige Grenze hinaus forciert!

## Die chemische Industrie und die Reform des gewerblichen Rechtsschutzes.

Von Patentanwalt Dr. R. WIRTH.

(Eingeg. d. 3./10. 1905.)

Der Verein deutscher Chemiker hat in seiner Hauptversammlung in Bremen einen Dringlichkeitsantrag „betreffend die von dem Verband deutscher Patentanwälte erstrebte Änderung des deutschen Patentgesetzes“ angenommen (vgl. diese Z. 18, 1492), der „gegenüber einer vom Verband deutscher Patentanwälte dem Reichstag eingereichten und dort in der Sitzung vom 14./3. 1905 besprochenen Denkschrift“ die Zufriedenheit der chemischen Industrie mit den Grundlagen des deutschen Patentgesetzes im besonderen der Vorprüfung ausgesprochen hat. Nur einige, freilich nicht ohne Gesetzesänderung zu erreichende Verbesserungswünsche werden geltend gemacht, wie Zulassung der Abhängigkeitserklärung und Schaffung eines Patentgerichtshofes.

Es ist nun wohl richtig, daß der deutsche Patentanwaltsverband eine Änderung der deutschen Gesetzgebung für wünschenswert erachtet hat, nicht nur für das Patentwesen, sondern auch für Marken- und Musterwesen. Er hat hierzu schon vor drei Jahren, am 11./1. 1902, einen einstimmigen Beschluß mit folgendem Wortlaut gefaßt:

„Unsere Patent-, Muster- und Markenschutzgesetzgebung läßt die einheitliche Grundlage eines

vor der Anmeldung zum amtlichen Schutze bestehenden Rechtes vermissen.

Die Anerkennung des Rechtes auf Grund der Schöpfung von Erfindungen, Mustern und der Erstenbenutzung von Marken soll der gemeinsame Ausgangspunkt für alle Gesetzgebung sein.

Die Rücksicht auf formale Verwaltungstechnik tritt hiergegen zurück. Sie darf nicht zu Schutzsystemen verleiten, welche die behördliche Anerkennung und Sicherstellung dieser Rechte so gefährden, wie dies die herrschenden Gesetze mit sich bringen“.

(Mitteilungen des Verbandes deutscher Patentanwälte 1902, S. 3.)

Es geht aus dem Wortlaut dieses Beschlusses und aus seiner Begründung hervor, daß der Verband sich damals durchaus nicht für die Abschaffung des Prüfungssystems für Patente erklärt hat, vielmehr sagte er nur: „Ob man vor dem Erteilen eines Schutzrechts prüfen will, und wie weit man prüft, das mag für Patente, Muster und Marken ganz verschieden beantwortet werden“. Die Klage auf Patenterteilung, eine Hebung der Stellung des Erfinders und eine wirksamere Entschädigungsklage bei Patentverletzungen wurden empfohlen. Eingehender als durch den genannten allgemeinen Beschluß hat sich der Verband bisher zur Frage der Gesetzesänderung noch nicht geäußert, er hat auch im besonderen zu der bekannten Denkschrift des deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums, über die Gewerbeschutzreform, noch keine Stellung genommen.

Die an den Reichstag gerichtete Denkschrift jedoch, gegen welche der Dringlichkeitsantrag sich wendet, enthält überhaupt keine Wünsche der Gesetzesänderung, sondern nur solche für die Gesetzesanwendung, wie auch in ihrer Einleitung hervorgehoben wird. Von den 7 Punkten der Denkschrift beschäftigen sich 4 mit dem Patentwesen, einer davon, Nr. 2, mit der materiellen Prüfungspraxis. Gegen diesen einen Punkt allein ist aber sachlich der Dringlichkeitsantrag gerichtet, soviel sich wenigstens aus seiner Begründung entnehmen läßt.

Die Begründung der Denkschrift aber zu diesem Punkt 2 nimmt, was der Hauptversammlung wohl auch unbekannt blieb, von den Beschwerden ausdrücklich „vielleicht einige Zweige der chemischen Industrie“ aus, womit natürlich die organische Großindustrie gemeint ist. Insoweit besteht also ein Gegensatz zwischen dem Inhalt der Denkschrift und dem Dringlichkeitsantrag überhaupt nicht, denn die Denkschrift hat der mehrfach früher zum Ausdruck gekommenen Sonderstellung dieser Chemiker schon Rechnung getragen.

Wie weit die Zufriedenheit der chemischen Industrie im einzelnen tatsächlich geht, namentlich hinsichtlich der Prüfungsstrenge, mag dahingestellt bleiben; die Forderung des Patentgerichtshofes, d. h. einer dem Patentamt übergeordneten Berufungsinstanz, zeigt ja deutlich, daß die Freude an den gegenwärtigen Zuständen nicht ohne Lücken ist.

Zur Begründung des Antrags wurden der Hauptversammlung lediglich Ausschnitte aus den

kritischen Äußerungen des Staatssekretärs Graf v. Posadowsky und des Abgeordneten Paasche gegen die Denkschrift vorgelegt, von einer Verlesung der Denkschrift oder ihrer Anträge wurde jedoch abgesehen. Es wurde zwar erwähnt, daß sie auch das Mustergesetz und Warenzeichengesetz behandle, über ihren patentrechtlichen Inhalt aber wurde nur mitgeteilt, daß sie es zwar nicht offen ausspreche, aber darauf hinauslaufe, die Vorprüfung zu stürzen. Das ist nicht richtig! Diese Denkschrift will nicht die Vorprüfung stürzen, sondern sie verbessern!

Das ergibt sich schon aus einer ganz kurzen Inhaltsangabe.

An erster Stelle wird die Rechtsfrage behandelt, welche Stellung der Vorprüfer bei der Prüfung einnehmen soll, und als richtige Auslegung des Patentgesetzes der Standpunkt vertreten, daß:

1. der Vorprüfer einen Vorbescheid erlassen muß, wenn er am Ende der Vorprüfung nicht für die Bekanntmachung stimmen kann, und daß
2. nach Erlaß des Vorbescheids der Vorprüfer nicht nur von der Abstimmung in der Abteilung, sondern auch von der Beratung ausgeschlossen bleibt. Die erste Auffassung hat inzwischen schon ihren Einfluß auf die patentamtliche Praxis gewonnen.

Zu beiden in der neuesten Zeit mehrfach behandelten Fragen hat jedoch meines Wissens die chemische Industrie bisher noch keine Veranlassung genommen, sich auszusprechen.

Die zweite Beschwerde richtet sich gegen die Festsetzung geheimer und zu doktrinärer Prüfungsgrundsätze, gegen den Ausschluß wirtschaftlicher Rücksichten, im besonderen bei der Zerstücklung der Patente, gegen die lange Dauer des Verfahrens infolge verfrühter Bescheide und der Verteilung der einzelnen Anstände auf eine Reihe von Verfügungen, gegen die zeitraubende stilistische Korrekturarbeit. Hat wirklich die chemische Industrie noch nichts hiervon als Nachteil empfunden?

Die inzwischen erschienene Statistik des Jahres 1904 zeigt, daß die Patenterteilungen auf 32%, und in der ungünstigsten Klasse, Hochbau, gar auf 12% der Anmeldungen gesunken sind, und daß 606 Anmeldungen weniger als im Vorjahre erledigt wurden. In den chemischen Klassen 12 und 22 wurden allerdings 44% und 45% Patente erteilt.

Da nicht nur diese zwei Punkte, sondern der ganze patentrechtliche Inhalt der Denkschrift von dem Wortlaute des Dringlichkeitsantrags getroffen wird, interessiert vielleicht auch noch die nachträgliche Feststellung, daß Punkt 3 und 4 die Rückzahlung der Beschwerdegebühr und die Ermäßigung der Jahrestaxen betreffen.

Der von dem Reichstag — trotz oder wegen der Denkschrift — angenommene Antrag, welcher dem Sprecher für den Dringlichkeitsantrag in der Hauptversammlung so bedrohlich erschien, lautet: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nach Anhörung der beteiligten Kreise der Industrie und des Handels, sowie der Vertreter der Patentanwälte eine baldige Reform des Patentgesetzes, des Gesetzes betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern und des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen in die Wege zu leiten.“

Diesen Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Böttger werden aber auch diejenigen unterschreiben müssen, welche nur einen Patentgerichtshof und die Prüfung der Abhängigkeit wünschen.

Wie man im Reichstag dazu kam, sich auf Grund unrichtiger Informationen mehr mit den Patentanwälten als mit den Gründen ihrer Denkschrift zu befassen, und wie die sachliche Behandlung dabei ausfiel, ist an anderer Stelle zu erörtern. Es ist aber für eine richtige Erkenntnis und Erörterung der Sachlage wenig wünschenswert, wenn von dort gerade diese Äußerungen, und sie allein auch in die Erörterungen der Fachkreise übernommen werden.

## Bians Reiniger und Kühler für Hochofengase.

Von FRITZ KRULL, Zivil-Ingenieur, Paris.  
(Eingeg. d. 21./8. 1905.)

In der Luxemburger Abteilung der Lütticher Weltausstellung war ein von Emil BIAN, dem technischen Direktor des Hochofenwerkes Dommelingen in Luxemburg, erfundener neuer Reinigungs- und Kühlapparat für Hochofengase ausgestellt, der die hochwichtige Aufgabe der Reinigung und Kühlung dieser Gase in recht glücklicher Weise löst.

Daß aber die Frage der Reinigung und Kühlung der Hochofengase von höchster Bedeutung ist, besonders seitdem man sie außer zur Heizung der Cowperapparate und Dampfkessel, heute auch zum Betriebe von Gasmotoren verwendet, beweisen am besten die vielfachen, in dieser Richtung gemachten Vorschläge und Versuche. Ist doch z. B. schon die bei Verwendung von gereinigten Gasen zum Heizen der 4 Cowperapparate und 6 Dampfkessel eines Hochofens von 100 t Tagesleistung gegenüber der Verwendung ungereinigten Gases erzielte Ersparnis pro Jahr etwa 36 000 M; dabei ist noch gar nicht in Rechnung gezogen, daß außer dieser Ersparnis noch ein Gasquantum übrig bleibt, das zum Betriebe eines 1300pferdigen Motors genügt.

Während nun alle bisherigen Apparate wegen ihres zu großen Wasser- und Kraftverbrauchs und ihrer sehr hohen Anlagekosten verhältnismäßig wenig zur Verwendung kommen, scheint der von BIAN konstruierte Apparat berufen zu sein, allgemein verwendet zu werden, wie ja auch seit der kurzen Zeit seines Bestehens schon eine größere Anzahl von Hüttenwerken denselben in Verwendung oder bestellt haben.

Der BIANsche Apparat besteht, wie die Abbildung zeigt, aus einem horizontalen Blechzylinder A von 3,2 m Durchmesser und 3—5 m Länge, dessen beide Böden geschlossen sind und der an seiner unteren Seite seiner ganzen Länge nach offen ist und bis etwas unter die Zylinderachse in einer mit Wasser gefüllten Mulde M liegt, also bis fast zur Achse mit Wasser gefüllt ist. Durch den Stutzen B tritt das heiße Gas ein, durchstreicht in der Richtung des gefiederten Pfeiles den Zylinder seiner Länge nach und verläßt ihn durch den Stutzen C. Der Weg der Gase geht also